



tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 53 · Sommer 2012 · Kostenlos



INHALT

Verkehrte Welt in der Extremismusdebatte	3
Rede einer staatenlosen Solingerin Gewlttätiger Angriff von Pro-NRW	4
Untergegangene Meldungen zum 1. Mai in Solingen	5
Im Kampf gegen den Extremismus lassen wir uns von niemanden übertreffen	6
Das interkulturelle Gesamtkonzept. Vision 2020	8
Dieses Bildungssystem ist leistungsfeindlich ⁹	
Es lernt sich besser ohne Helm!	10
100 Jahre NaturFreunde Solingen-Theegarten	11
Amnesty International seit 40 Jahren in Solingen	12
Zum Stand der Dinge bei den Stadtwerken	13
Internationale Kurzmeldungen	14

Frauen und
Café Courage
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 36 35

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und
Solidarität

Die Zeitung wurde von dem
Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage,
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Email: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft–
Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9,
40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70
Ausgabe 53 -10. Juni 2012

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen

Bankverbindung:
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641

Layout: Heinz Mähner

Titelbild: Andreas Hartkopf

Bundessozialgericht entscheidet pro Hilfeempfänger – Unterkunftskosten werden erhöht

Das Bundessozialgericht (BSG) entschied am 16. Mai 2012, dass die angemessenen Wohnungsgrößen im SGB II nicht, wie in Solingen, bei 47, sondern bei 50 Quadratmeter festzulegen ist. Hiermit bestätigt das BSG die Entscheidung des NRW-Landessozialgerichtes (LSG) vom 22.09.2009. Das Urteil müsste zur Folge haben, dass in Solingen die Angemessenheitsgrenzen für einen Ein-Personen-Haushalt um 3 m² und drei mal 5,16 Euro erhöht werden. Dies gilt dann natürlich auch für jede weitere Haushaltsgruppe pro Person.

Die positive, 50 m²-Entscheidung des LSG – vom September 09 – wurde auf Druck der Gestaltungsmehrheit im Rat für Solingen bereits umgesetzt. Dies wurde dann aber seitens der Verwaltung wieder zurückgenommen, weil das zuständige Ministerium und der NRW-Städtetag die unterschiedlichen als angemessen definierten Wohnungsgrößen der Wohnraumförderungsbestimmungen (47 m²) gegen die der Wohnraumnutzungsbestimmungen (50 m²) ausspielte. Spätestens seit der BSG Entscheidung kann sich die Solinger Sozialverwaltung nicht länger mehr damit herausreden, dass noch kein höchstrichterliches Urteil gesprochen bzw. veröffentlicht sei. Das BSG hat nämlich kein 'neues Recht' gesprochen, sondern bestehendes Recht bestätigt.

Die grüne sozialpolitische Sprecherin, Juliane Hilbricht fordert, dass „noch bevor im Juni die vereinbarte Neufestlegung der allgemeinen Angemessenheitsgrenzen bei den Unterkunftskosten beschlossen wird, dieses geltende Recht auch in Solingen angewandt wird“. Sie weist darauf hin, dass jetzt alle diesbezüglich anhängige Widersprüche und Klagen schnell entschieden werden können. Wer nicht widersprochen oder geklagt hat, könnte einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X stellen. Diese Überprüfungsanträge könnten dazu führen, dass alle zu Unrecht gekürzten Mieten, Betriebs- und Heizkosten sowie abgelehnten Zustimmungen zum Umzug und damit vorenthaltenen Wohnbeschaffungskosten nachgezahlt werden müssen.

Das Urteil des BSG bedeutet auch, dass landesweit zehntausende ALG-II- und andere GrundsicherungsempfängerInnen um ihre Rechte gebracht wurden. Eigentlich müsste unsere Sozialverwaltung bzw. das Jobcenter jetzt unverzüglich erklären, dass alle Kostensenkungsaufforderungen, die seit Januar 2010 zugestellt wurden, unwirksam sind. Die Solinger Sozialverwaltung will zukünftig auch höhere Nebenkosten akzeptieren, sofern nicht ein „unwirtschaftliches Verhalten“ vorliegt. Bei dem bislang schwer zu erbringenden Beweis, dass trotz Bemühungen kein entsprechend angemessener Wohnraum zu finden war, soll jetzt der Stadtdienst Wohnen helfen. Er soll die Wohnungssuchenden stärker unterstützen und dann auch ggf. die amtliche Bestätigung abgeben, dass diese Suche vergeblich war.

Frank Knoche

tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13€ frei Haus

Unterstützungs-Abo 20€ frei Haus

Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro e.V.
BLZ 330
605 92 (Sparda Bank)
Konto-Nr.
546 4641
Stichwort
"tacheles-Abo"



Verkehrte Welt in der Extremismusdebatte

Bei den Kundgebungen von bunt statt braun gegen Pro-NRW bestanden Stadt und Polizei darauf, dass diese in einer Entfernung voneinander stattfinden, die außerhalb der „Steinwurfweite“ liegt. Dabei war allen Beteiligten völlig klar, dass von bunt statt braun keine Gewalt ausgehen würde. Als die Salafisten am 1. Mai ihre Spontankundgebung gegen Pro-NRW anmeldeten, wurde denen diese - auf dem Rathausplatz - in Steinwurfweite zu Pro-NRW genehmigt.

Bunt-statt-braun-DemonstrantInnen, die sich dem Ort der jeweiligen Kundgebungen von Pro-NRW nähern wollten, wurden von der Polizei akribisch durchsucht, personell erfas-

schen Nationalisten gemein macht, wird dabei geflissentlich übersehen.

Mit Extremisten gegen Extremismus?

Die zählen nämlich Milli Görüs und die militanten Grauen Wölfe, ebenso wie die Anhänger von Fethullah Gülen im Verein „Spektrum“, zu ihrem demokratischen Verbündeten gegen den Extremismus. Milli Görüs (auf deutsch: Nationale Sicht) ist laut Wikipedia wegen islamistischer Tendenzen umstritten. Die Innenministerien von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sehen in der Bewegung antisemitische Charakterzüge und unter anderem auch damit

Forums (DTF), einer Unterorganisation der CDU, von seinem Amt zurück, weil sich das DTF nicht klar genug von den Grauen Wölfen distanzieren. Er erklärte: „Es kann nicht sein, dass wir uns auf der einen Seite gegen Pro Köln zusammenschließen und auf der anderen Seite die türkische NPD über die CDU Köln hofieren.“ Eine weitere Zusammenarbeit mit Sympathisanten der türkischen Rechtsextremen sei mit seinem Gewissen nicht zu vereinbaren. Sein Kölner Parteifreund Kubilay Demirkaya beschreibt die Grauen Wölfe als „Antisemiten, rassistisch, rechtsradikal, nationalistisch, haben diverse Feindbilder, zu denen gehören Juden, Amerikaner, Europäer, Kurden, Israel.“



Polizeiabspernung für die Pro-NRW Kundgebung am 24.3.

Fethullah Gülen-Anhänger, denen Oberbürgermeister Norbert Feith als Schirmherr für ihre Präsentation „Anatolia on Tour“, vom 25. bis 28. Mai auf dem Weyersberg diente, wollen den türkischen Nationalismus stärker islamisieren. Ihr Nationalismus ist dabei mehr ein umfassend religiöser, weniger ein ethnischer oder rassistischer. Allerdings verwendet sie anti-arabische und anti-persische Untertöne. Der Prediger Gülen verwirft die Evolutionstheorie Darwins, geißelt den Atheismus und stellt den Islam über die Demokratie, heißt es bei Wikipedia.

Wie die CDU gemeinsam mit solchen Extremisten den Extremismus bekämpfen will, ist also äußerst zweifelhaft. Trotzdem: Ohne die Mitwirkung von ChristdemokratInnen werden wir den Kampf gegen den Extremismus nicht wirklich gewinnen können. Diese Lehre, gerade aus dem deutschen Faschismus, sollte nicht vergessen werden.

Frank Knoche

st und zu großen Teilen zurückgewiesen. Begründet wurde dies mit einer polizeilichen Anweisung, erkennbare Anti-Nazi-Demonstranten zu kontrollieren. Die Salafisten jedoch konnten am 1. Mai völlig unkontrolliert und unbehelligt, mit Säcken voller Steine, ganz nah - in Steinwurfweite - an die Nazi-Provokateure von Pro-NRW heran, obwohl die Polizei von deren Gewaltbereitschaft und -vorbereitung wusste.

CDU und Oberbürgermeister Feith werfen bunt statt braun immer wieder vor, dass dieses breite Bündnis nicht gleichermaßen gegen Rechts- und Linksextremismus, oder die Salafisten vorgehen würde. Dabei hat bunt statt braun hier immer wieder gegen „Hassprediger aller Art“ Stellung bezogen. Dass die CDU und die von ihr geführte Verwaltung sich mit Islamisten und türki-

eine deutliche Gegnerschaft zur demokratischen Grundordnung. Prozesse, die Milli Görüs gegen diese Feststellungen geführt hat, wurden von ihren Anhängern verloren. Das Bundesamt für Verfassungsschutz kommt zu der Überzeugung, dass Milli Görüs ein antidemokratisches Staatsverständnis zeige sowie westliche Demokratien ablehne. Was die Grauen Wölfe betrifft, so trat (laut Wikipedia) im Juni 2009 Ali H. Yıldız, Vorstandsmitglied des Deutsch Türkischen



REDE EINER STAATENLOSEN SOLINGERIN BEI BUNT STATT BRAUN AM 24.03.2012

Liebe Freunde beginnen möchte ich hier mit einem Zitat von Johann Wolfgang von Goethe: „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein; sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.“ („Maximen und Reflexionen“, 151)

Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich aus verschiedenen Gründen unter anderem aus Gründen der Angst, lange überlegt habe ob ich heute reden soll und mich letztendlich doch dafür entschieden.

Ich lebe schon seit 24 Jahren hier, viele kennen mich aus der Bleiberechtsarbeit in Solingen, welches ich immer noch nicht

erlangt habe, Solingen ist doch bunt, dann lasst mich eine der bunten sein.

Ich wurde als Muslima angefragt eine Rede zu halten. Eigentlich bin ich Sozialwissenschaftlerin und keine Islamwissenschaftlerin. Aber Aufgrund der Propaganda von Pro NRW, werden wir gezwungen uns fälschlicherweise mit Religion auseinander zusetzen. Fälschlicherweise deswegen, weil nicht die Religionen Hass predigen, sondern weil Hassprediger sich hinter Religionen verstecken, religiöse und politische Extremisten die das ausnutzen gibt es überall.

Deshalb zeigen wir heute unseren Einsatz gegen Extremismus.

Dies wird von Pro NRW bewusst verdreht

und für ihre Propaganda benutzt.

Ich bitte uns alle insbesondere Politik und Medien sich nicht vor diesen Karren spannen zu lassen.

Seit über 50 Jahren leben wir Muslime hier in einem friedlichen Miteinander und selten war die Religion, der Islam ein Streit oder Diskussionsthema.

Ich will hier nicht alles schön reden, Gesamtgesellschaftlich muss noch viel getan werden, den nicht Religion ist das Problem, sondern die Volksverhetzung.

Eins noch zum Schluss, was ich mal beim lesen entdeckt habe und mir so gefallen hat, vom Alten Fritz der damals schon sagte „Es soll jeder nach seiner Façon selig werden“.

GEWALTTÄTIGER ANGRIFF VON PRO NRW

Wie ich am Samstag den 24.03.2012 von einem Pro NRW-Ordner zu Boden gerissen wurde.

Gedächtnisprotokoll vom 26.03.2012 zur Veranstaltung von Pro NRW am 24.03.2012 in Solingen:

Zwischen 13.30 und 14 Uhr kam ich an der Kreuzung Hauptstraße/ Kasinostraße an. Hier wollte ich mir ein Bild davon machen, ob die angereisten Pro NRW-Anhänger in Solingen überhaupt Zustimmung erhielten. Ich stand im östlichen Viertel des Kreuzungsbereiches und schaute mir in Blickrichtung Westen die Menschen auf und um den Platz herum an. Nachdem ich mich einen Moment aufgehaltten hatte kam ein Aktivist von Pro NRW von hinten um mich herum und stellte sich vor mich und sagt: „Du musst hier weg“, er packte mich mit beiden Händen am Jackenausschnitt und dem darunterliegenden Pullover. Ich sagte nur: „Fußgängerzone ... nicht anfassen“ und schon wurde ich umgerissen und sah das Betonpflaster auf mich zukommen. Ich konnte mich nicht schnell genug mit den Händen abfangen, sodass ich mit dem linken Knie zuerst aufschlug. Auf dem Boden liegend sah ich unmittelbar das

linke Vorderrad eines weißen Ford Transit (Lautsprecherwagen von Pro NRW) an mir vorbei rollen. Zum Glück machte der Fahrer in dem Moment keine größere Lenkbewegung, so dass ich auch von dem Hinterrad nicht erfasst wurde. Einige Polizisten stellten sich schützend zwischen mich, noch am Boden liegend, und den Angreifer und versuchten, ihn anzusprechen. Nun stellte ich mich schmerzhaft wieder hin. Einer von diesen Polizisten wendete sich von dem Angreifer ab und sprach mich mit den Worten an: „Sie sind da gerade zu Boden geschubst worden. Wir haben alles gesehen und mit Kameras aufgenommen. Wollen Sie ihn anzeigen? Wir werden es von unserer Seite ...“ Dann deutete er auf einen Polizisten hinter mir der meine Personalien und den Vorfall aufnahm und mich auch noch einmal danach fragte, ob ich eine Anzeige erstellen wolle. Ich war in dieser Situation sehr schockiert, sodass ich erst mit meiner Anwältin sprechen wollte und machte dies auch deutlich. Zwischenzeitlich konnte ich einen ca. 3m breiten Ausschnitt von dem diagonal gegenüberliegenden Platzviertel einsehen. Hier fuhr der weiße Ford Transit eine

Rechtskurve, vor ihm ein kleinerer Herr mit längeren blonden Haaren, der rückwärts stolperte und die Hände schützend vor sich hielt. Ich ging noch zu diesem Herrn und erkundigte mich, ob er verletzt worden sei. Nun verließ ich den Kreuzungsbereich Hauptstraße/ Kasinostraße. Im Laufe des Wochenendes klang der Schmerz im linken Knie mehr ab. Heute konsultierte ich meinen Hausarzt, der eine Prellung mit leichter Schwellung feststellte.

Nachtrag, Solingen den 01.06.2012. Über meinen Anwalt stellte ich Strafantrag wegen Körperverletzung. Ihm wurde mittlerweile mitgeteilt, dass auch die Polizei inzwischen eine Strafanzeige in diesem Fall gestellt hat.

Persönliche Stellungnahme

Wenn die Erinnerung an die Ereignisse vom 24.03.2012 kommt, läuft es mir immer noch kalt den Nacken herunter. Gleichmaßen bei dem Gedanken zu Boden geworfen, als auch von einem LKW beinahe überrollt worden zu sein. Ich wünsche uns SolingerInnen eine Stadt zurück, in der wir ohne Angst vor brauner Gewalt Meinungsbildung und Meinungsäußerungen betreiben können.

Thomas W.

Solinger Appell – Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen
solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



UNTERGEGANGENE MELDUNGEN ZUM 1. MAI IN SOLINGEN:

Salafisten gegen Antifaschisten / Polizisten gegen Antifaschisten

Im Folgenden dokumentieren wir zwei Vorfälle im Umfeld der Gegendemonstration gegen Pro NRW am 1. Mai, die nicht gebührende Erwähnung in der Presse fanden.

Zum Einen handelt es sich um einen Angriff auf zwei Antifaschisten, die von Salafisten auf brutale Weise attackiert wurden, obwohl sie sich lautstark als Antifaschisten zu erkennen gaben. Ein Zeuge schildert den Hergang aus seiner Sicht; die beiden Angegriffenen wurden später im Krankenhaus behandelt,

gegen den Kopf weiter verletzt. B. konnte mir entgegenkommen, und aus der Situation fliehen. Als ich dann weiter auf den Ort des Geschehens zueilte, ließen die Angreifer von ihren Opfern ab und entfernten sich zügig die Kreuzstraße entlang in Richtung Augustastraße. Mir fiel besonders auf, dass die Attacke ohne eine Eskalation mit extremer Heftigkeit angefangen und genauso plötzlich ohne Abklingung beendet wurde.“ Persönliche Einschätzung des Zeugen: „Ich fürchtete um das Leben des am Boden liegenden Opfers. Im Bewusstsein ein nicht zu kal-

angekommenen Demonstrationzug von „Bunt statt Braun“. Der angegriffene Demonstrant musste ärztlich behandelt werden, und bei dem Angriff wurden sein Hemd und seine Hose zerrissen. In einer Einwohnerfragestunde und Bürgersprechstunde in der Ratssitzung am 24. Mai 2012 äußerte sich die Zeugin Sonja Bertl in einer Anfrage wie folgt:

„Meine Anfrage bezieht sich auf die Eskalation der Demonstration am 1. Mai vor dem Rathaus. Dort wurden ich und ein weiterer antifaschistischer Demonstrant aus einer vollkommen friedlichen Situation mit unverhältnismäßiger Aggression und körperlicher Gewalt von Polizisten angegriffen, und zwar in solchem Ausmaß, dass mein Mitdemonstrant zu Boden geworfen wurde.

Dabei wurde seine Kleidung zerrissen und er zog sich unter anderem eine Verletzung an der Hand zu, die ärztlich behandelt werden musste und eine einwöchige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte.

Meine Frage an den Oberbürgermeister und den Rat der Stadt Solingen ist:

Welche Hilfe dürfen wir von Ihnen erwarten, d.h. in welcher Art und in welchem Umfang werden Sie dazu beitragen, neben vielen weiteren problematischen Aspekten der

Ereignisse rund um den 1. Mai, besonders auch den gewaltvollen Umgang der Polizei mit friedlichen Solinger Demonstrantinnen und Demonstranten aufzuarbeiten, damit für die Zukunft sicher gestellt werden kann, dass allen Solinger Bürgerinnen und Bürgern der friedliche antifaschistische Widerstand ermöglicht wird und kein Solinger und keine Solingerin aus Angst vor Repressalien durch die Polizei sein und ihr Grundrecht auf Demonstration nicht mehr in Anspruch zu nehmen wagt?“

In der kommenden Ratssitzung am 5.7. wird eine schriftliche Antwort der Verwaltung erwartet.

Erich Mühselig



1. Mai 2012 Konrad-Adenauer-Str./Kürfürstenstr, Pro-RW Kundgebung

wobei der am heftigsten Attackierte über einen längeren Zeitraum bewusstlos war und bereits im Krankenwagen ärztlich versorgt werden musste.

Aus der schriftlichen Aussage des Zeugen: „Ich kam aus der Kürfürstenstraße und bog rechts in die Kreuzstraße ein. Im Kreuzungsbereich Klemens-Horn-Straße / Kreuzstraße kamen mir A. und B. entgegen und wurden von 3 Männern angegriffen, die von rechts aus der Klemens-Horn-Straße / Kreuzstraße kamen. Einer der 3 war ca. Mitte 30, die anderen beiden ca. Anfang 20. Der Angriff erfolgte mit ca. 1,5 m langen Rundhölzern von oben auf die Köpfe. A. fiel daraufhin über eine niedrige Einfriedung in einen Vorgarten und wurde hier mit Fußtritten

kulierendes Risiko einzugehen musste ich aber versuchen seinen Kopf gegen diese Tritte zu schützen. Als ich noch 5-6m entfernt war und mich ein Angreifer bemerkte, wurde die Aktion zum Glück abgebrochen.“

Der zweite Vorfall betrifft den völlig unmotivierten Angriff von drei Polizisten auf einen absolut gewaltfreien Demonstranten, von dem zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr ausging. Er wurde willkürlich von Polizisten angegriffen, wozu es keinerlei Anlass gab. Dies geschah nicht etwa im Tumult, als einige Salafisten Steine und Gegenstände Richtung pro NRW warfen, sondern diese saßen bereits gefesselt auf dem Boden, durch ein Absperrgitter getrennt von dem gerade

„IM KAMPF GEGEN DEN EXTREMISMUS LASSEN WIR UNS VON NIEMANDEM ÜBERTREFFEN“

(CDU-FRAKTIONSVORSITZENDER BERND KREBS JÜNGST IM HAUPTAUSSCHUSS)

Immer wieder unterstellt die Solinger CDU anderen, dass sie im Kampf gegen Extremismus einseitig wären. Wie sieht aber deren eigene Bilanz diesbezüglich aus?

Februar 1989: 300 Demonstranten versammelten sich vor einer Höhscheider Gaststätte und verhindern erfolgreich eine geplante Kreisverbands-Gründungsversammlung der Republikaner. Die CDU distanziert sich im Vorfeld von dieser Aktion.

1992/93: Die zahlreichen Brandanschläge und Pogrome gegen Asylbewerber in dieser Zeit wurden durch die Kampagne der CDU zur Änderung des Asylrechtes angeheizt. Weniger als ein halbes Jahr nach dem Brandanschlag von Mölln folgte der Bundestag am 26. Mai 1993 den rassistischen Forderungen der Brandstifter und beschloss mit Zweidrittelmehrheit eine Änderung des Grundgesetzes und hiermit die faktische Abschaffung des Asylrechtes. Während in Solingen SPD und Grüne sich gegen eine Änderung des Asylrechtes positionierten, befürwortete die Solinger CDU diese Grundgesetzänderung vehement. Drei Tage später erfolgte der Brandanschlag in Solingen.

30. Mai 1993: Einen Tag nach dem Brandanschlag erklärt CDU-Bürgermeister **Bernd Krebs** gegenüber dem Nachrichtensender NTV, dass es in Solingen keinen Rechtsextremismus gäbe.

Februar 1999: Als Wahlkampfaktion führt die CDU, der rassistischen Wahlkampagne von Roland Koch in Hessen nacheifernd, eine Unterschriftenkampagne gegen die **Doppelte Staatsbürgerschaft** durch. Viele die unterschreiben, fragen zuvor: „Wo kann man hier gegen die Ausländer unterschreiben?“ Kommunales Wahlrecht für Migranten lehnt die Solinger CDU strikt ab.

Juli 2000: Nach sieben Jahren erfolgreicher Arbeit durch **SOS Rassismus** streicht die CDU dem von SPD und Grünen initiierten Projekt sämtliche finanzielle Mittel. CDU-Geschäftsführer **Jan Welzel** begründet dies damit, dass die Aufgabe, gegen Rechtsextremismus und Rassismus einzutreten, sich erledigt hätte, da ja die Fremdenfeindlichkeit inzwischen aus der Mitte der Gesellschaft heraus aktiv bekämpft werde. Außerdem, so Welzel, entspräche die Hilfe des Vereins für Asylbewerber beim Ausfüllen ihrer Anträge nicht dem ursprünglichen Vereinszweck.

November 2001: In der Haushaltsdebatte thematisiert die CDU den Missbrauch der Sozialsysteme durch sogenannte kriminelle Ausländer und Flüchtlinge und fordert die Einführung von Wertgutscheinen statt finanzieller Unterstützung.

November 2001: Die CDU setzt durch, dass die finanzielle Förderung des **Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage** auf „Null“ gesetzt wird. NPD-Funktionär Wolfgang Frenz hatte zuvor einen Bürgerantrag gestellt, dem Bündnis für Toleranz und Zivilcourage die Mittel zu entziehen

Mai 2002: Die CDU führt den Landtagswahlkampf unter anderen mit dem Plakat **„Kinder statt Inder“**.

Oktober 2003: Die CDU hatte gefordert, die Ausgaben für Asylbewerber auf den Landesdurchschnitt zu reduzieren. Jetzt stellt sich heraus, dass Solingens Ausgaben für Asylbewerber bereits unter dem Landesdurchschnitt lagen.

Januar 2007: Der Einladung zum 90. Geburtstag des Bauunternehmers, „Auschwitzleugners, Volksverhetzers und rechtsextremen Drahtziehers“, Günther Kissel, kamen unter anderen der Solinger Oberbürgermeister **Franz Haug**, der Landtagsabgeordnete **Horst Westkämper** und die Bezirksvorsteherin **Eva Nagy** (alle CDU) nach. Im Beisein mehrerer prominenter

Holocaustleugner und verurteilter Volksverhetzer nahmen sie die Laudatio des ebenfalls wegen Volksverhetzung verurteilten Verlegers Gerd Sudholt unwidersprochen hin. Beigelegt zur Einladung war die unsägliche „Rede eines 90jährigen, die nicht gehalten wurde“. Die 39 Seiten lange Rede habe er (Kissel) zugeschickt, damit „jeder die Möglichkeit hat, vorab persönlich zu entscheiden, ob er meine Einladung trotz dieser nicht gehaltenen Rede annimmt“.

August 2007: Die Walder CDU-Chefin **Rita Pickardt** und der CDU-Vorsitzende Fabian Kessler lehnen es ab, sich an einer Demonstration gegen die NPD, welche sich gegen eine Moschee in Wald richtet, zu beteiligen. Man wolle diesen Kräften keine Bühne bieten. Zuvor hatte es in der Walder CDU erhebliche Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob eine Moschee im Zentrum Walds und in unmittelbarer Nähe der evangelischen Kirche zugelassen werden sollte. Kessler warf den Grünen Mitinitiatoren der Anti-NPD-Aktion vor, dass sie einer „reflexhaften Gutmenschen-Strategie“ folgten und zur Aufwertung der NPD beitragen würden. Die Solinger Morgenpost bezeichnete die Anti-NPD-Aktion als „Lehrstück im Umgang mit Rechtsextremen“. Die Aktionen des Bündnisses gegen fünf Infostände der NPD verhinderten, dass die NPD zur folgenden Kommunalwahl kandidierte.

Januar 2008: In den Verhandlungen zwi-

**Kontaktadresse:
ZukunftsWelten e.V.
Mühlenteich 5 42653 Solingen
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11**





schen den Parteien und Fraktionen über Erklärungen zum **75ten Jahrestag der Machtübertragung** an den Reichskanzler Adolf Hitler und zur Distanzierung vom Volksverhetzer Günther Kiesel zeigt sich, dass in der Solinger CDU erhebliche national-konservative Positionen vorhanden sind, welche den Linken in erster Linie die Schuld an der Nazidiktatur zuschreiben. Trotzdem stimmt die CDU dann zähneknirschend den gemeinsamen Erklärungen zu. Bei der einstimmigen Kiesel-Resolution kommt die einzige Enthaltung im Rat aus ihren Reihen. Die CDU macht ihre Zustimmung zur Distanzierung von Kiesel davon abhängig, dass hierüber keine Diskussion im Rat erfolgt und eröffnet damit der MLPD die Möglichkeit sich zu profilieren.

September 2008: Der neue CDU-Dezernent Norbert Feith spricht sich im Bündnis für Toleranz und Zivilcourage gegen die Initiative aus, die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990“ nach Solingen zu holen und gibt zu bedenken, dass es nicht nur Opfer rechter Gewalt gäbe. Im Bündnisbeirat von „Toleranz und Zivilcourage“ wird er allerdings später diesbezüglich überstimmt. Die Ausstellung findet statt. Franz Haug eröffnet sie.

März 2009: Der Leiter des Stadtdienst Einwohnerwesens, **Mike Häusgen** (CDU) wird im ST bezüglich der angekündigten NPD-Kandidatur zur Kommunalwahl zitiert: „Rechte Parteien spielen bei uns kaum eine Rolle. Da bietet das linke Spektrum deutlich mehr Potenzial.“ Wegen einer ähnlichen Äußerung wurde der Vohwinkler Polizeichef Markus Preuß später von seiner Funktion suspendiert.

Dezember 2009: Die CDU beteiligt sich ebenso wie Pro-NRW und NPD, an einer rechts-populistischen Kampagne gegen die Umbenennung des **Hindenburgplatzes** in Wald. Hindenburg ernannte Adolf Hitler zum Reichskanzler und vertrat die Volksgemeinschaftstheorie der Nazis. Im I. Weltkrieg war er dafür verantwortlich, dass zigtausende deutsche Soldaten in einem schon längst verlorenen Krieg geopfert wurde. Mit seiner „Dolchstoßlegende“ schob er die Verantwortung für die Kriegsniederlage den Sozialdemokraten und Sozialisten zu. Mehrere CDU-PolitikerInnen bezeichneten Hindenburg als einen aufrechten Verteidiger der Demokratie.

Dezember 2009: Oberbürgermeister Feith möchte das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage von der Stadt abkoppeln und schlägt vor, einen neuen Verein zu gründen. Die Mehrheit im Bündnisbeirat sieht in diesem Vorschlag den Versuch der Stadt, sich hier aus der Verantwortung zu ziehen und

lehnt sein Anliegen ab.

Januar 2010: Oberbürgermeister Feith beruft den langjährigen und aktiven Geschäftsführer des Bündnis für Toleranz, Jürgen Beu, ab und setzt dafür seine Vertraute Anne Wehkamp ein. In der Folge werden die Aktivitäten der Stadtverwaltung im Bündnis gegen Null zurückgefahren. Seit dem 16.11.2009 findet die satzungsgemäße Versammlung des Bündnisses nicht mehr statt.

Dezember 2010: Der CDU-Vorsitzende Peter Smiegelow erklärt gegenüber dem ST: „Wir als CDU haben es geschafft, eine rechtsgerichtete Gruppe wie Pro-NRW in Solingen nicht Fuß fassen zu lassen. Es war wichtig, dass wir bei dem großen Protest in der Stadt am 1. Mai dabei waren. Ich habe die Partei dafür geöffnet und ein Tabu gebrochen, denn früher haben wir uns so nicht beteiligt.“

Januar 2011: CDU-Chef **Peter Smiegelow** erklärt, dass er der CDU nie vorschlagen würde, „bunt statt braun“ beizutreten. Er selbst ist Mitglied bei bunt statt braun.

Januar 2012: Auf Anfrage der Linken und Zusatzfragen der Grünen im Zuwanderer- und Integrationsausschuss, darüber, welche Erkenntnisse der Stadt zu den Tätigkeiten der **Salafisten** in Solingen vorliegen und was sie dagegen unternimmt, antwortete die Verwaltung lapidar, dass die Verwaltung keine Erkenntnisse über die Salafisten in Solingen habe und die Zuständigkeit für verfassungsfeindliche Aktivitäten bei Polizei, Staatsanwaltschaft und beim Verfassungsschutz läge.

Februar 2012: CDU-Vorsitzender Peter **Smiegelow** beschimpft öffentlich das breite Bündnis bunt statt braun als „linke Pseudomoralisten“ und „halbhohle Nuss“ und spricht diesem die Legitimation eines zivilgesellschaftlichen Bündnis gegen Extremismus ab. Es müsse „Schluss sein mit der Vereinnahmung des Themas durch, Linke,

Kommunisten, Grünsozialisten, Träumer und Rechtsradikale“. Einzig legitim sei hier das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage. Bei bunt statt braun hätte es des rechtsradikalen Hilfsmotors bedurft, um in die Gänge zu kommen. Außerdem hätte sich das Bündnis nicht gegen die Salafisten ausgesprochen. Sein Parteifreund und Landtagsabgeordneter Arne Moritz unterstützt diese Positionen Smiegelows uneingeschränkt. Smiegelow und Moritz ignorieren dabei, dass sich bunt statt braun in ihren Aufrufen gegen die Republikaner und Pro-NRW deutlich und explizit auch gegen die extremistischen Salafisten ausgesprochen hat.

Februar 2012: Auf Initiative des Oberbürgermeisters wird eine Erklärung „für Demokratie und Freiheit“, gegen salafistische Hassprediger vorbereitet. Bunt statt Braun wird weder zur Vorbereitung der Erklärung, noch zur Unterzeichnung eingeladen. Die Erklärung enthält kein einziges Wort gegen Rechtsextremismus.

Februar 2012: Bei einer Informationsveranstaltung der Verwaltung in der VHS zum Thema Salafismus raten die Referenten von Polizei und Verfassungsschutz, ebenso wie der Islamwissenschaftler, von Aktionen vor oder in der Nähe der Salafisten-Moschee ab. In den letzten Tagen des Wahlkampfes erliegt die CDU jedoch der Verlockung, ähnlich wie Pro-NRW, diese Auseinandersetzung wahlkampftaktisch zu nutzen. Einen Tag vor dem Aufruf der CDU zur Mahnwache gegen die Salafisten tagt das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage. OB Feith verliert dort kein Wort über die geplante Mahnwache, auf der er als Oberbürgermeister auftritt.

Zusammengestellt von Frank Knoche



Fahr- & Fördertechnik
Neu- und Gebrauchtstapler
Ameisen - Hubwagen - Anbaugeräte
Überholung - Instandsetzung - Lackierung
Räder für Hubwagen - Batterien - Zubehör
Richterweg 25 - 42699 Solingen
Tel. 0172 26 36 027 - Fax: 0212-2213436

DAS INTERKULTURELLE GESAMTKONZEPT. VISION 2020 – DAMIT SOLINGEN EINE ZUKUNFT HAT!

Hetzer wie Sarazzin und Pro NRW versuchen in trauter Feindschaft mit durchgeknallten Salafisten wieder, die Diskussion über Migration und Integration in Solingen in ihre wahnhaftige Hass-Ecke zu ziehen. Leider überlagern hier zwei Kleingruppen mit reaktionärer Ideologie die notwendige Debatte, wie wir die Chancen der vielen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Solingen verbessern, wie wir ein gleichberechtigtes und einander unterstützendes Zusammenleben organisieren.

So hatten Ende 2010 50.000 Solingerinnen und Solinger, das sind 30,4% der Bevölkerung, einen Migrationshintergrund (siehe Kasten). Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an allen Kindern in Tageseinrichtungen betrug 40,4%. Solingen hat in NRW den höchsten Anteil von Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahlen belegen: Wenn diese Stadt eine Zukunft haben will, dann als Stadt, die sich die ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe von MigrantInnen zur besonders wichtigen Aufgabe macht. Als Stadt, die aktiv gegen immer noch vorhandene Diskriminierungen von MigrantInnen arbeitet. Dazu gibt es noch sehr viel zu tun. Während zum Beispiel bei der Gesamtbevölkerung Solingens der Anteil der Arbeitslosen im erwerbsfähigen Alter bei

7,5% liegt, beträgt er bei der ausländischen Bevölkerung 13,5%.

Mit dem Interkulturellen Gesamtkonzept Solingen. Vision 2020 hat sich der Stadtrat nach intensiver Mitarbeit des Zuwanderer- und Integrationsrates und der Migrantenselbstorganisationen am 15.12.2011 einstimmig viele wichtige Ziele gesetzt. Hier heißt es: „Es geht um die Ermöglichung von gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit und um den Abbau von Zugangsbarrieren sowie die Vermeidung von institutioneller Diskriminierung.“ Wie groß die Aufgabe ist, die noch vor der Solinger Stadtgesellschaft liegt, erkennt man bei vielen in diesem Konzept aufgestellten Zielen auf den ersten Blick: „Solingen sorgt aktiv dafür, dass alle Kinder einen qualifizierten Schulabschluss erhalten.“ (...) „Solingen wirkt einer Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu weiterführenden Schulformen entgegen.“ (...) „Solingen stellt seine Verwaltung interkulturell auf. Im Konzern Stadt sollen 25 Prozent Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf allen Ebenen repräsentiert sein.“ (...) „Solingen wird in seinen demokratischen Gremien, Parteien, Verbänden und Vereinen durch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte - möglichst entsprechend ihres Bevölkerungsanteiles - vertreten sein.“ (...) „Die Ausländerbehörde in Solingen nutzt ihren Ermessensspielraum

zugunsten der Aufenthaltsverfestigung von Zuwanderinnen und Zuwanderern.“ (...) „Solingen wendet sich gegen jede Form von Rassismus.“ (...) „Solingen fördert eine aktive Antidiskriminierungsarbeit auf allen Ebenen.“

Es wird darauf ankommen, dass sich die Ziele des Interkulturellen Gesamtkonzeptes in den realen politischen Entscheidungen wieder finden. Ein erster Lackmustest steht der Kommunalpolitik bevor: Das Land NRW fördert künftig mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz Kommunale Integrationszentren. Damit verbunden ist die Steigerung der Landes-Finanzierung von zurzeit 3 auf 5,5 Personalstellen. Es wird interessant sein, ob die Stadt diesen Geldregen auch zur Finanzierung von 2,5 zusätzlichen städtischen MitarbeiterInnen für die Förderung von MigrantInnen, z.B. in der Antidiskriminierungs- und Antirassismusbearbeitung sowie der Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen einsetzt, oder ob das zusätzliche Geld ohne Personalaufstockung im allgemeinen Haushalt verschwindet.

Dietmar Gaida

Das **Interkulturelle Gesamtkonzept - Vision 2020** kann von der Homepage der Stadt Solingen als pdf herunter geladen werden. Man findet es am besten mit einer Google-Suche nach: Interkulturelles Gesamtkonzept Solingen

Was heißt Migrationshintergrund?

Die Definition des Statistischen Bundesamtes für Personen mit Migrationshintergrund lautet:

„alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“

Migration - Wohnen - Stadtentwicklung. Workshop mit Akteuren und Interessierten

Am 27.10.2012 14.00-17.00 Uhr im Forum der VHS, Mummstraße 10

Gesellschaftspolitisches Ziel ist eine gleichberechtigte Teilhabe von MigrantInnen in allen Lebensbereichen. Dies ist auch beim Thema Wohnen wichtig. Dargestellt - anhand von drei Vorträgen - und diskutiert wird

- wie die Beteiligung von MigrantInnen bei planerischen Prozessen gefördert,
- wie ein Leben in Vielfalt in der gesamten Stadt unterstützt,
- wie bezahlbarer Wohnraum in allen Solinger Stadtteilen gesichert werden kann und
- wie Förderprogramme und Gesamtstrategie des Landes und der Stadt dazu aussehen.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Umsetzung des Interkulturellen Gesamtkonzeptes der Stadt Solingen in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Migration und Wohnen/Stadtentwicklung statt. Die Referentin Tülin Kabis-Staubach kommt vom Dortmunder Planerladen. Beteiligt sein werden außerdem Referenten der Solinger Stadtentwicklung und des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS). Für die Diskussion stehen ca. 90 Minuten zur Verfügung.



M E S S E B A U

UWE ALVERMANN
BURGSTRASSE 112
42655 SOLINGEN
TELEFON (02 12) 31 06 61
TELEFAX (02 12) 31 15 59
MOBIL 0172-655 68 22
U.ALVERMANN@ARCOR.DE



DIESES BILDUNGSSYSTEM IST LEISTUNGSFEINDLICH

Bildung ist Ländersache, doch immer mehr Aufgaben der Schulpolitik werden auf die Kommune übertragen, ohne dass es einen entsprechenden Ausgleich gibt. Die immer stärker belasteten Kommunen müssen sich zunehmend verschulden.

Und während sich die Stadt Solingen Rathäuser und Designerbänke als Prestigeobjekte baut, nagen die Schulen am Hungertuch der Sparpolitik. Schulgebäude, die es dringend benötigen, werden nicht erneuert. In der Geschwister-Scholl-Schule ist stellenweise die Decke eingestürzt, in den Wänden ist giftiger Asbest, es gibt keinen SV-Raum und es gibt immer noch keine Mensa. In der Albert-Schweizer-Schule kann man in der Turnhalle nicht duschen. Die Schüler des Mildred-Scheel-Berufskolleg werden aus Platzmangel zur Hauptschule Ohligs ausgelagert. Außerdem gibt es an der Schule mit über 1000 Schülern immer noch keine Turnhalle in der Nähe.

Profit statt Niveau

Die Lehrmittelkosten werden höher und die Bus- und Bahnfahrt zur Schule immer teurer. Der Stundenausfall erreicht neue Höhepunkte, der Druck wächst ständig weiter an. G8 und Abschlussprüfungen verschärfen die Auslese und führen zu einseitiger Elitebildung an unseren Schulen, sie rauben uns den Schlaf und den Spaß am Lernen. Trotzdem sind viele Schulen immer noch nicht auf Ganztagsunterricht eingestellt: Vielerorts gibt es keine Mensa oder nur viel zu teures Mittagessen, was sich die Schüler nicht leisten können. Seitdem die Mensen der Solinger Schulen flächendeckend privatisiert sind, gibt es hohe Preise und große



Preisunterschiede. Das ist ungerecht. Unter all dem leiden auch die Lehrkräfte und unsere Eltern.

Hoher Stundenausfall und dass private Nachhilfe genommen werden muss, wird als selbstverständlich angesehen. Immer mehr Kosten werden auch auf die Taschen der Schüler und Eltern abgewälzt: Seien es hohe Bücher- und Kopierkosten, Geld für Unterrichtsmaterialien. Die Kosten, die die Schülerinnen, Schüler und Eltern privat tragen sollen, überschreitet fast immer den gesetzlich vorgeschriebenen Maximaleigenanteil. Dies alles ist in höchstem Maße leistungsfeindlich: Es geht nicht darum, ein möglichst hohes Bildungsniveau für alle herzustellen, sondern kurzfristigen Profitinteressen entsprechende Schmalspur-„gebildete“ zu produzieren.

Bildungsstreik gegen Sparzwang

Um individuelle Förderung und um lern- und

leistungsfreundliche Bildung in Solingen zu ermöglichen, brauchen wir genug qualifizierte Lehrer.

Wir haben uns daher wieder als Bildungsstreik Bündnis Solingen zusammengefunden und halten es für notwendig, wieder in Solingen zu demonstrieren. In den vergangenen Jahren wurden durch die bundesweiten Bildungsstreiks große Erfolge in NRW errungen: Die Studiengebühren und die Kopfnote wurden wieder abgeschafft, die Drittelparität wieder eingeführt. Denn auch hier geht die Sparpolitik der Kommune ganz klar auf unsere Kosten. Wir wollen diese Zustände so nicht hinnehmen und werden daher im Sommer auf die Straßen gehen und unseren Interessen und Rechten Gehör verschaffen! Denn nur wenn wir uns gemeinsam mit unseren Lehrern und Eltern aktiv in Schule und der Öffentlichkeit für gute Bildung einsetzen, können wir etwas ändern!



Über 30 Jahre in der Natur Aktiv
Bergischer Naturschutzverein e.V.
OV Solingen, rbn@rbn-solingen.de
www.rbn-solingen.de

Wir fordern daher:

- Kein Druck- und Kopiergeld!
 - Bezahlbares und genießbares Mensaessen zum einheitlichen Preis!
 - Mehr Lehrerinnen und Lehrer, kleinere Klassen!
 - Unsere Schulgebäude sanieren und ausbauen!
 - Für mehr individuelle Förderung an unseren Schulen!
- Daher raus zum Solinger Bildungsstreik am 29. Juni 2012!**
Wir starten um 10:00 Uhr am Neumarkt!
Für bessere Bildung in Solingen!

Infos zum Bildungsstreikbündnis Solingen gibt es im Netz unter: <http://bildungsstreiksg.wordpress.com/>

ES LERNT SICH BESSER OHNE HELM!

Die Bundeswehr drängt in den letzten Jahren immer stärker in die Öffentlichkeit. Ihre immer breiter angelegten Reklamefeldzüge haben dabei allein im Jahr 2010 knapp eine Millionen Jugendliche erreicht.

Mit dem Abschluss einer sogenannten Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Schulministerium NRW 2008 wurde für das Auftreten der Bundeswehr in Schulen eine neue Grundlage gelegt. Diese räumt Jugendoffizieren der Bundeswehr u.a. das exklusive Recht ein, LehrerInnen aus- und fortzubilden und SchülerInnen über Militärpolitik zu informieren. Unterrichtsstunden werden dadurch immer häufiger komplett durch die Bundeswehr gestaltet, LehrerInnen werden im Sinne der Bundeswehr aus- und fortgebildet, Offiziere laden Klassen zum „Tag der offenen Tür“ oder zur Studienfahrt in die Kaserne ein. Sogar Waffenschauen und Schießsimulationen führt die Bundeswehr immer wieder mit jungen Schülerinnen und Schülern durch.

Ursache dieser Entwicklung ist der politische Wille der Regierung, die Bundeswehr radikal auf Kriegseinsätze in aller Welt auszurichten. Für solche Kriegseinsätze wie in Afghanistan werden vor allem Berufs- und Zeitsoldaten gebraucht und verschlissen. Vor diesem Hintergrund sind auch das zu begrüßende Aussetzen der Wehrpflicht und der Umbau der Bundeswehr zu einer flexibleren Berufarmee keine friedenspolitische Maßnahmen. Diese Politik ist, wie etwa auch der Afghanistankrieg, gegen die Meinung und die Interessen der Mehrheit der Jugend und der Bevölkerung gerichtet. Auf Grund des steigenden Nachwuchsbedarfs der Bundeswehr bei gleichzeitigem Akzeptanzproblem soll nun verstärkt in den Schulen geworben werden.

Schluss mit dem Werben fürs Sterben

Die Unterrichtseinheiten der Bundeswehr sollen SchülerInnen insbesondere von der

Notwendigkeit deutscher Kriegseinsätze und den Vorteilen des Soldatenberufs überzeugen. Während immer mehr Jugendliche von Ausbildungsplatzmangel, Leiharbeit, oder Hartz-IV betroffen sind verspricht die Bundeswehr gute Bezahlung und einen sicheren Arbeitsplatz und versucht damit gezielt diejenigen zu ködern, die keine Perspektive für ihre berufliche Zukunft sehen. Erst diese fehlende Aussicht auf eine sichere Zukunft macht das Leben als Soldat für Jugendliche, trotz aller Gefahren, attraktiv.

Dass man bei der Bundeswehr zwangsweise in den Krieg geschickt wird, fällt in den schönen Werbeauftritten oft hinten runter. SoldatInnen müssen bereit sein, auf Befehl Menschen zu töten, das ist ihr Beruf. Das Berufsrisiko ist, getötet zu werden.



Durch die Bundeswehr wird an der Schule die unmittelbare Regierungspolitik beworben. Damit wird auch die Neutralität der Schule verletzt. Ihr Bildungsauftrag ist vor allem dem Friedensauftrag des Grundgesetzes verpflichtet. Auch das Schulgesetz von NRW schreibt vor, dass Schule zur Friedensgesinnung erziehen soll, diese Arbeit können am besten qualifizierte LehrerInnen selbst bewältigen.

Wir sind der Ansicht, dass Jugendliche ein Recht auf eine Zukunft ohne Krieg und auf ein gemeinsames Leben in Frieden haben. Wir verwahren uns gegen eine zweckgeleitete Kriegspropaganda an unseren Schulen. Das Militär hat an Schulen, Universitäten und

Arbeitsämtern nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an Schulen geben. Weg mit Unterrichtseinheiten, die SchülerInnen auf angebliche Sachzwänge orientieren statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten. Weg mit Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.

Wie ist die Situation in Solingen?

Auch in Solingen ist die BW aktiv: Am Freitag, dem 24.6.2011 präsentierte sie sich auf dem Turnfest NRW im Südpark. Ein breites Bündnis aus dem Solinger Appell, den Grünen und Attac protestierte unter dem Motto „Sport ist kein Krieg und Krieg ist kein Sport“ gegen das massive Auftreten der Bundeswehr auf dem Sportfest.

Am 14.02.2012 hat eine „Informationsveranstaltung“ der Bundeswehr am Humboldt Gymnasium statt gefunden - weitere Termine in Solinger Schulen sind zu erwarten.

In der Schülervertretung und der Elternschaft des Gesamtschule Wupperstrasse gibt es z.Z. Aktivitäten, um den „Besuch“ der Bundeswehr an der Schule per Schulkonferenzbeschluss zu unterbinden.

Schüler, Eltern und Lehrer anderer Schulen die ebenfalls aktiv werden wollen um die Bundeswehr aus ihrer Schule zu verbannen finden auf folgender Seite umfangreiche Informationen:

<http://www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de>

Matthias Schäfer für attac Solingen
(<http://www.attac-netzwerk.de/solingen>)

Quelle: <http://www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de/das-netzwerk/>





100 Jahre NaturFreunde Solingen-Theegarten

Am 16. September 1895 wurde in Wien ein Verein unter dem Namen Naturfreunde gegründet, der zum Ziel hatte, die Arbeiter aus den verräucherten Kneipen in die Natur zu Freizeitaktivitäten und zu mehr Bildung über die natürlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zu führen. Diese Idee griff sehr schnell um sich und erfasste weite Teile der Arbeiterbewegung in Österreich, Deutschland und anderen Ländern in Europa.

Am 3. März 1912 kam es zur Gründung der Ortsgruppe der Naturfreunde in Solingen.

Die NaturFreunde sind aus der Arbeiterbewegung entstanden. Neben sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien für die politische Willensbildung, den Gewerkschaften für die wirtschaftliche Interessenvertretung und Arbeiterwohlfahrtorganisationen für die soziale Unterstützung sind die Natur-Freunde eine weitere wichtige Organisation im Leben von Arbeiterinnen und Arbeitern. Durch die gemeinsame sinnvolle Freizeitgestaltung und Schaffung von Naturfreundehäusern trugen und tragen sie vielfältig zur Entwicklung der menschlichen Beziehungen bei.

So gehören die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Geschichte der NaturFreunde bis heute eng zusammen, fühlen sie sich auch heute noch den Organisationen der Arbeiterbewegung eng verbunden.

NaturFreunde waren und sind auch heute noch ein politischer Verband. Aus der leidvollen Erfahrung von Verbot und Verfolgung ihrer Mitglieder in der Zeit des Faschismus wenden sie sich entschieden gegen jegliche Form von Neonazismus, Rassismus und Extremismus.

NaturFreunde gehören in den 60er Jahren zu den Mitbegründern der Ostermarschbewegung und engagieren sich auch heute noch in der Friedensbewegung. Als internationaler Verband, in dem weltweit über eine halbe Million Mitglieder in über 50 Mitglieds- und Partnerorganisationen aktiv sind, sind gemeinsame Erlebnisse über Ländergrenzen hinweg eine Selbstverständlichkeit, Toleranz und inter-nationale Solidarität gelebte Wirklichkeit.

Nachhaltigkeit - ein oft strapazierter Begriff. Tatsache ist aber, dass wir auf Dauer als Menschheit nur überleben können, wenn wir nicht mehr an Ressourcen verbrauchen als gleichzeitig wieder nachwächst. Ob Energie, Rohstoffe oder die Aufnahmefähigkeit von CO₂ in der Atmosphäre: gegenwärtig ringen wir der Natur mehr ab, als ihr gut tut.

Zukunftsfähigkeit stellt aber auch die Frage nach der Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft: wie können wir Mitsprachemöglichkeiten für die Bevölkerung schaffen,

Engagement von Bürgerinnen und Bürgern wecken und weg von einer Gesellschaftsordnung kommen, in der Gewinnmaximierung und Profitgier über allem stehen? Auch hier sind die NaturFreunde mit ihrer Tradition und ihren Ideen gefragt.

Unter vielem anderen spielt auch heute noch das Wandern eine große Rolle bei den NaturFreunden. Und wie damals geht es nicht um möglichst viele zurückgelegte Kilometer, sondern um Naturerfahrung, den Blick für die Dinge am Wegesrand und gute Gespräche unter den Mitwandernden.

Gemeinsame kulturelle Betätigung wird erlebbar gemacht beim Singen, Spielen und Werken. Die Entdeckung der eigenen Kreativität und die Freude am gemeinsamen Werk stehen im Vordergrund. Das Kennenlernen anderer Kulturen erweitert unseren Horizont, es wird vielleicht auch manches hinterfragt, was bisher selbstverständlich schien. Denn die NaturFreunde sind offen für Neues - nicht nur in Punkto Kultur. Die NaturFreunde Solingen-Theegarten haben seit Jahren eine aktive Kinder- und Jugendgruppe. Hier werden bei Seminaren, Freizeiten und an Wochenenden die Ideen und Ziele der NaturFreunde vermittelt und gemeinsam erfahrbar gemacht.

Folgende Veranstaltungen zum 100 jährigen Jubiläum finden im Naturfreundehaus Theegarten statt:

Termine:

Freitag, 24. August 2012 um 18 Uhr
100 Jahre NaturFreunde - wo stehen wir heute? Vortrag und Diskussion

Samstag, 25. August 2012 11 - 17 Uhr
**Aktivitäten am Haus für Jung und Alt
Waldparkur und Geocaching**
Sonntag, 26. August 2012 11 Uhr

Weitere Info unter
www.naturfreunde-nrw.de
oder www.naturfreundehaus-theegarten.de



Wer oder was ist ATTAC?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt ver-spielen.

Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf. Denn: Eine andere Welt ist möglich!

Bei unseren Veranstaltungen und den monatlichen Treffen - normalerweise an jedem 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, Solingen - sind interessierte Mitmenschen immer willkommen.

Mehr Infos:

www.attac-netzwerk.de/solingen
Kontakt: solingen@attac.de
Birgit Correns Tel.: 0212 / 801 57



EM KOTTEN

Neumarkt 9
42651 Solingen
Tel.: 0212-15582
weitere Infos unter
www.em-kotten.de



Im Jahre 1972 fanden sich auch hier in Solingen Menschen zusammen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte weltweit einsetzen wollten und gründeten eine örtliche Gruppe der Menschenrechtsorganisation Amnesty International.

Diese Organisation, die 1961 von dem englischen Rechtsanwalt Peter Benenson in London gegründet wurde, hat inzwischen über drei Mio. Mitglieder, in Solingen ca. 20.

Aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der

Solinger Gruppe haben sich die Mitglieder für 2012 verschiedene Aktionen ausgedacht, die am 10. November mit einer Jubiläums-Veranstaltung ihren Abschluss finden sollen.

Pfad der Menschenrechte mit fröhlichen Gesichtern

So soll im Laufe des Sommers in Solingen ein sogenannter Menschenrechtspfad entstehen: Der Pfad der Menschenrechte in Solingen wird ein fröhliches Gesicht erhalten

und auf der Korkenziehertrasse zwischen Botanischem Garten und Carl-Russ-Straße realisiert:

Die Tafeln, die die Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte veranschaulichen sollen, werden lebendig gestaltet durch die farbigen Illustrationen der japanischen Künstlerin Yayo Kawamura.

Bei der graphischen Umsetzung erhielten wir tatkräftige Unterstützung von der Kommunikations-Designerin Daniela Tobias.

Die Motive werden auf Edelstahlplatten tiefgeätzt und gedruckt. Die Rahmen sind passend zum gestalterischen Gesamtbild der Trasse geplant. Sie sollen von der Jugendhilfe-Werkstatt gefertigt werden, für das Anlegen der Fundamente und Trittplatten konnte die Neue Arbeit Ittetal gGmbH gewonnen werden.

Die Stadtverwaltung und die Technischen Betriebe unterstützen das Projekt vorbildlich, was allerdings noch fehlt, ist die endgültige Genehmigung des Projekts durch die BV Wald und den Rat der Stadt.

Aber wir werben weiter um Spenden für die Finanzierung:

(KtoNr.: 8090100, BLZ: 37020500, Stichwort: 1424).

<http://www.amnesty-solingen.de/pfad-der-menschenrechte-mit-frohlichen-gesichtern/656>

Über 170 Beiträge zum Literaturwettbewerb!

Dann wurde in Zusammenarbeit mit dem Solinger Custos-Verlag auch ein Literaturwettbewerb zum Thema "Menschenrechte" ausgeschrieben.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen:

Über 170 Gedichte und Kurzgeschichten gingen beim Custos-Verlag ein. Einsendungen kamen von Autoren aus ganz Deutschland, aber auch aus Österreich, der Schweiz, Dänemark, Frankreich und Ägypten. Nach einer ersten Durchsicht der Texte kann gesagt werden: Die Qualität ist enorm hoch, die Themenvielfalt sehr breit. Die Jury wird keine leichte Entscheidung haben bei der Nominierung der drei Siegetexte.

Die Schüler des 11. Jahrgangs zum Gestaltungstechnischen Assistenten am Technischen Berufskolleg haben dann noch Zeichnungen, Druckgrafiken und Collagen entworfen, die sich mit dem Thema Menschenrechte auseinandersetzen.

Unter der Leitung der Künstlerin Rosalinda Sasse-Olsen und Nicole Weinand sollen so Entwürfe für das Buchcover der Anthologie „DAFÜR - Anthologie des Literaturwettbewerbes Menschenrechte“ entstehen. Hierzu ist auch eine Ausstellung geplant.

Sobald die Sieger feststehen, werden diese unterrichtet. Schon jetzt sind alle beteiligten Autoren und Interessierten zur Preisverleihung, Buchvorstellung und Geburtstagsfeier der Amnesty International-Gruppe Solingen am 10. November 2012 ins Kunstmuseum Solingen eingeladen.

<http://www.amnesty-solingen.de/uber-170-beitrag-zum-literaturwettbewerb/670>

amnesty
international



Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen



ZUM STAND DER DINGE BEI DEN STADTWERKEN

Stadtwerkeverkauf: Einen solchen Fehler macht man nur einmal

Im Jahr 2002 trat der Verkaufsvertrag zwischen der Stadt Solingen und der MVV Energiegruppe Mannheim in Kraft. MVV kaufte 49,9%, die Stadt behielt 50,1%. Wie nebenbei wurde vom damaligen Stadtdirektor Schneider noch der sattsam bekannte skandalöse Löschwasservertrag geschlossen. Damals war die Rede davon, MVV werde investieren, die Stadtwerke bräuchten einen strategischen Partner und Solingen werde der strategische Brückenkopf von MVV in NRW. Statt all dieser leeren Versprechungen blieben die SWS jedoch weitgehend bei ihrem Kerngeschäft, MVV investierte nicht nennenswert, schon gar nicht in andere Teile der Wertschöpfungskette Energiemärkte wie Produktion, Service oder Beratung. Regelmäßig floss die Hälfte der Gewinne nach Mannheim ab. Die Belegschaft schrumpfte, der Druck auf die verbleibenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stieg. Das nannte man Effizienzsteigerung. 2010 wurde bekannt, dass MVV gern noch das Sagen über die Netze nach Mannheim geholt hätte, sowie die Bereiche Billing, Metering und IT. Dies konnte die Politik in Solingen, endlich wach geworden, dann mit zwei Ratsbeschlüssen (gegen CDU und FDP) verhindern. Die letzten Meter bis zum Kunden sind bekanntlich eines der Herzstücke von Energieversorgern.

Ein weiteres Versprechen platzte. 2010 analysierte die Beratungsfirma BET im Auftrag der Stadt die Wertentwicklung der ca. 122 Millionen, die der Verkauf der halben SWS der Stadt 2002 gebracht hatte. Das Geld hatten die Verantwortlichen der Stadt in zwei Blöcken zu je fünfzig Millionen bei der Kölner Skandalbank Sal. Oppenheim angelegt. (Fünf Millionen behielt die Bank als Gebühr!) Es stellte sich raus: die Fonds hatten eine Rendite von lediglich 2% pro Jahr, obgleich die Stadt das Kapital kurz nach dem 11.9.2001 angelegt hatte. Ja, schlimmer noch, die Rendite lag nur deshalb im positiven Bereich, weil die Anlage Aktien von MVV enthielt, und diese von 2001 bis 2010 gestiegen waren! Das aber hat sich nach dem Beschluss von 2010 durchaus geändert.

Ein weiteres Gutachten der K-group sollte 2011 die Basis für eine weitere Effizienzsteigerung, sprich Gewinnmaximierung, bilden. (Beide Gutachten zusammen verschlangen 470 000 Euro!) Der Betriebsrat der SWS ließ damals dazu verlauten, dass weitere Personaleinsparungen praktisch nicht vertretbar wären und forderte stattdessen ein Überdenken der Unternehmensstrategie.

Als erster brachte der heutige Landtagsabgeordnete Josef Neumann 2010 die Idee eines Rückkaufs der 49,9 % der SWS während einer Podiumsdiskussion ins Spiel. Fukushima hatte sich noch nicht ereignet, der Rückkauf schien vielen Mitbürgern nicht machbar.

Unsere Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“ begleitete aktiv den politischen Prozess mit dem Ziel, einen Rückkauf einzuleiten und damit die SWS wieder zu kommunalisieren. Wir zeigten Präsenz bei den Ratssitzungen, schrieben Pressemitteilungen, besuchten (fast) alle Solinger Ratsfraktionen und nutzten unseren Blog (Solingen-gehört-uns.org). Prof. Jörg Becker organisierte mit DGB, Katholischem Bildungswerk und uns zusammen eine Reihe von hochkarätig besetzten Podiumsdiskussionen. Bei einer sprach Ivo Gönner, OB der Stadt Ulm, deren Stadtwerke ab 1995 begannen, alle Aspekte der Wertschöpfungskette Energiewirtschaft abzudecken. Prof. Hennicke, ehemals Wuppertalinstitut sprach über Nachhaltigkeit und Herr Rittmeyer von der Stromunion Nordhessen stellte die dortigen genossenschaftlich finanzierten Windparks vor. Am 19.6. tritt Dr. Peters von den Stadtwerken Bergkamen auf, wo die Stadt bereits privatisierte Stadtwerke wieder kommunalisieren konnte.

Unsere Bürgerinitiative stellte am 26.3.2012 bei der Stadt einen Antrag auf Offenlegung des Konsortialvertrages über den Verkauf der SWS-Anteile nach dem Informationsfreiheitsgesetz NRW. Bislang bekamen wir nur eine Eingangsbestätigung und eine Mitteilung, dass das Verfahren sich verzögere. Dies veranlasste uns, Anfang Juni den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit einzuschalten. Von dort sagte man unserer Anfrage Unterstützung zu. Bislang handelt es sich nämlich, wie so oft bei Privatisierungen von Gemeineigentum, um Geheimverträge, in die lediglich die Insider und einige Ratsmitglieder Einblick hatten.

Das wollen wir ändern, genauso wie wir es mit den Rathausverträgen gemacht haben!

Mittlerweile, nach den positiven Ratsbeschlüssen von Dezember 2011 und Februar 2012 verhandeln nicht mehr nur OB Norbert Feith und der Chef der Beteiligungsgesellschaft Ernst Schneider, sondern eine politische Delegation, unter anderem mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats Manfred Krause mit MVV.

Wie uns aus gewöhnlich gut informierten Kreisen zu Ohren kam, ist der Rückkauf ein mögliches Ergebnis.

Das würden wir schärfstens begrüßen, weil wir denken, die Grundversorgung der Bürger mit Energie und Wasser sollte kommunal sein. Nicht die Gewinninteressen von Aktienbesitzern sollten bei Stadtwerken handlungsleitend sein, sondern die Versorgungsinteressen der Bürger. Dass die SWS sich dann mit anderen Stadtwerken verbünden müssen, sehen wir schon. Mit einem neuen so genannten strategischen Partner aber würde man den gleichen Fehler wiederholen, den man mit MVV schon einmal gemacht hat. Dieser Beschluss kostete uns als Bürger vom Löschwasservertrag her 15 Millionen und von der Gewinnabschöpfung her etwa 60 Millionen Euro! Bitte nicht nochmal.

*Gerhard R. Walsken
Initiative Solingen gehört uns*

INTERNATIONALE KURZMELDUNGEN

Salafisten: Vom Feind zum Partner

Vor der Präsidentenwahl in Ägypten weiteten deutsche Außenpolitik-Experten die Debatte über Kooperationen mit islamistischen Kräften in der arabischen Welt aus. Man könne es „sich nicht mehr leisten, wählerisch zu sein bei der Suche nach Partnern“, heißt es in einem neuen Diskussionsbeitrag der außenpolitisch einflussreichen Hamburger Körber-Stiftung: Vor einer Zusammenarbeit selbst mit Salafisten dürfe, wer es in Nah- und Mittelost zu etwas bringen wolle, „nicht zurückschrecken“. Das Auswärtige Amt hat in den vergangenen Monaten den Grundstein für eine Kooperation mit der Muslimbruderschaft in Ägypten gelegt; man müsse mit „gemäßigten Kräften“ des politischen Islam den „Dialog“ suchen, erklärt Außenminister Westerwelle. Die Annäherung an islamistische Kreise, die Berlin gleichzeitig mit Washington vollzieht, erstreckt sich nicht zuletzt auch auf die syrische Muslimbruderschaft, die in der Opposition gegen das Assad-Regime an Einfluss gewinnt. Sie folgt einem Muster, dessen sich die westlichen Staaten seit den 1950er Jahren immer wieder bedienen.
09.05.2012 -mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58324>

Der westliche Einfluss auf Salafisten

Anlässlich der Präsidentenwahl in Ägypten setzen Berliner Regierungsberater die Debatte über den Umgang mit islamistischen Kräften in der arabischen Welt fort. In Kairo sei eine Machtteilung zu befürworten, in der die Muslimbruderschaft mit dem Militär zusammenarbeite, heißt es bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Der Thinktank hat vor geraumer Zeit detaillierte Vorschläge für ein derartiges „Machtteilungsarrangement“ in Ägypten publiziert, das nach den Präsidentenwahlen angesteuert werden kann. Eine politische Rolle für die säkularen Kräfte vom Tahrir-Platz sieht es nicht vor; dafür begünstigt es die Weiterführung einer prowestlichen Außenpolitik in Kairo. Ebenfalls bei der SWP heißt es, der Westen täte gut daran, direkte Beziehungen auch zu Salafisten aufzunehmen, die zum Beispiel im ägyptischen Parlament die zweitstärkste Fraktion bilden, aber auch in anderen arabischen Ländern im Aufschwung begriffen sind. Wie aus einer Analyse der SWP hervorgeht, ist das Erstarken des Salafismus seit den 1960er Jahren untrennbar mit westlicher Einmischung in der arabischen Welt verbunden.
24.05.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58335>

DFB unterscheidet Ukraine und Qatar

Aus dem DFB heißt es, Spieler und Funktionäre würden sich in den kommenden

Tagen und Wochen noch öfter zu Wort melden und die ukrainische Regierung kritisieren. Dabei handele man in enger Absprache mit der Bundesregierung. Dabei ist die entsprechende Agitation präzise abrufbar: Während die ukrainische Regierung attackiert wird, unterbleiben alle Einwände gegen das diktatorisch regierte Qatar, dessen Streitkräfte im vergangenen Frühjahr an der Niederschlagung demokratischer Proteste in Bahrain beteiligt waren. Qatar trägt die Fußball-WM 2022 aus; Anfang 2012 absolvierte ein Bundesliga-Spitzenclub ein Trainingsspiel gegen die Armee-Mannschaft von Qatar. Kritik wird dem DFB vom Auswärtigen Amt nicht nahegelegt, da das Land zu den engsten Kooperationspartnern Berlins in Mittelost gehört.
08.05.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/5832>

Ukrainischer Nationalismus

Wenige Tage vor Beginn der Fußball-EM führte die Erinnerung an Mordaktionen ukrainischer NS-Kollaborateure zu Verstimmungen zwischen der Ukraine und Polen. Warschauer Regierungspolitiker verlangen, Kiew solle der öffentlichen Ehrung ukrainischer Milizionäre endlich ein Ende setzen, die während des Zweiten Weltkriegs an der Seite der Deutschen für bestialische Morde an Polen verantwortlich waren. Dabei handelt es sich unter anderem um den NS-Kollaborateur Stepan Bandera, einen Anführer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), dessen Milizen beispielsweise am 11. Juli 1943 insgesamt 99 Ortschaften im okkupierten Polen überfielen und dabei zahllose Polinnen und Polen massakrierten. Bandera wird vor allem in der Westukraine mit zahlreichen Denkmälern verehrt.
06.06.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com>

Am Rande des Krieges

Der mit deutscher Hilfe von Sudan abgespaltene Südsudan provoziert einen neuen Krieg. Das Regime im südsudanesischen Juba hat seine Truppen vor einigen Tagen ein Erdölfeld besetzen lassen, das der Internationale Gerichtshof in Den Haag schon vor Jahren Khartum zugesprochen hat. Für Deutschland hat dies nicht nur deswegen Bedeutung, weil im Südsudan Soldaten der Bundeswehr stationiert sind, sondern auch, weil Berlin schon seit mehreren Jahren den Aufbau eines funktionierenden Staates in Südsudan vorantreibt. Südsudan soll mit seinen riesigen Vorräten an Erdöl und anderen Rohstoffen an Kenia und Uganda angebunden werden, die, im Gegensatz zu Sudan, als prinzipiell prowestlich und leichter kontrollierbar gelten.
20.04.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58310>

Inhaftiert und abgeschoben

Schutzsuchende, denen es gelingt, die Außengrenze Europas zu überwinden, werden in Ländern wie Griechenland, Ungarn oder Malta regelmäßig eingesperrt - häufig für Monate. Wer kann, flieht weiter in andere Staaten Europas. Doch auch dort ist keine Hilfe zu erwarten. Auf ein faires Asylverfahren warten die Betroffenen vergeblich. Dann schiebt man sie gemäß der europäischen Dublin-II-Zuständigkeitsverordnung wieder in das Land ihrer Einreise in die EU ab. www.proasyl.de

Auf Seiten der Repression

Seit dem Beginn der arabischen Revolten Anfang 2011 kommt es auch in Bahrain zu Protesten, die auf eine Demokratisierung des Staates zielen. Sie werden bis heute blutig unterdrückt - von einem Regime, das im Verbund mit den anderen Diktaturen der Arabischen Halbinsel eng mit dem Westen kooperiert. Von Bahrain aus werden - unter deutscher Mitwirkung - die Marineoperationen vor dem Horn von Afrika koordiniert, das Land beteiligt sich am sogenannten Polizeiaufbau in Afghanistan. Es wird im Gegenzug mit deutschen Waffen beliefert, deutsche Polizisten bilden Repressionskräfte bahrainischer Partnerbehörden aus.
19.04.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58309>

Hindenburg

„Hindenburg steht persönlich und unmittelbar im Verhängnis historischer Entscheidungen, die zu unermesslichem Leid und Elend geführt haben. Er kann kein politisches Vorbild sein. Ihm gebührt keine öffentliche Ehrung.“
25.01.12 - Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe (CDU) anlässlich der Diskussion um die Umbenennung des Hindenburg-Platzes in Schlossplatz.

Neben den Toten von Auschwitz

Im Beisein der deutschen Kanzlerin hat der Bund der Vertriebenen (BdV) in Berlin eine neue Ausstellung eröffnet. Diese beschreibt die Geschichte „deutscher Volksgruppen“ in zahlreichen Gebieten Osteuropas und ihre Umsiedlung in die heutige Bundesrepublik. Politisch stützt sie damit „Deutschtums“ - Aktivitäten in Ost- sowie Südosteuropa, die deutschsprachige Minderheiten zum Einflussinstrument der Berliner Außenpolitik machen; sie manifestiert zudem die deutsche Staatsposition, die Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg sei „Unrecht“ gewesen, den östlichen Nachbarstaaten könne deshalb bis heute „Schuld“ zugeschrieben werden. Bei seiner Ausstellungspräsentation beruft sich der BdV auf die jahrelange Unterstützung des neuen Bundespräsidenten Joachim Gauck.



21.03.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58295>

Kriegsszenarien für Syrien

Sollte der Bürgerkrieg in dem Land fort dauern, dann müssten die westlichen Staaten entweder „die Grenzen ihres Einflusses“ akzeptieren oder sich zu militärischer Intervention entschließen, schreibt ein Experte für „Sicherheitspolitik“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Abgestufte Eingriffsoptionen seien denkbar; sie reichten von Waffenlieferungen und Maßnahmen zur Ausbildung syrischer Rebellenmilizen über die Okkupation von Teilen syrischen Territoriums („Errichtung von Schutzzonen“) bis zu einer westlichen Invasion. Menschenrechtsorganisationen beklagen, die oft sunnitischen Milizen, die mit westlicher Unterstützung gegen das Assad-Regime kämpften, begingen zum Teil ebenfalls schwerste Verbrechen. Experten warnen, mit Hilfe Qatars und Saudi-Arabiens - der reaktionärsten Regime der arabischen Welt - könnten in Syrien islamistische Kräfte an die Macht gelangen, deren Herrschaft womöglich ähnlich repressive Züge annehme wie das aktuelle Regime. Paradebeispiel für eine solche Entwicklung ist Libyen.

16.04.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58306>

Marktwirtschaft für Syrien

Berlin startet Vorbereitungen für den Umbau Syriens zu einer liberalen Marktwirtschaft. Ende letzter Woche hat unter deutschem Vorsitz eine multinationale „Working Group“ die Arbeit aufgenommen; sie soll unmittelbar nach dem Sturz des Assad-Regimes ökonomische Sofortmaßnahmen in die Wege leiten, darunter die Koordinierung von Hilfsprojekten, aber auch die Durchführung von Wirtschaftsreformen. Gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten richtet die Bundesregierung dazu nun ein „Sekretariat“ ein. Es wird von einem Deutschen mit Afghanistan-Erfahrung geführt. Die Entstaatlichung der syrischen Wirtschaft hatte Berlin schon in Kooperation mit dem Assad-Regime gefördert; die beginnende Liberalisierung trieb jedoch Teile der Bevölkerung in den Bankrott, was zum Aufstand gegen das Regime beitrug. Erste Entwürfe für eine neue syrische Wirtschaftsordnung liegen Berlin mittlerweile vor. Verfasser ist ein Aktivist des Syrian National Council (SNC), der von zahlreichen Oppositionellen scharf kritisiert wird, weil die Muslimbruderschaft in ihm eine starke Stellung innehat. Führende SNC-Positionen halten syrische Exilpolitiker aus Washington, die eine westliche Intervention à la Kosovo verlangen und als Vorbild für die syrische Opposition die UÇK benennen.

30.05.2012- mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58338>

Rohstoffpartner gesucht

Berlin drängt auf den Abschluss weiterer exklusiver „Rohstoffpartnerschaften“ zur Sicherung des Ressourcenbedarfs der deutschen Industrie. Wie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zu erfahren ist, hat die Bundesregierung Chile, Peru, Sambia, Südafrika und Namibia als neue „Rohstoffpartner“ im Visier. Bislang wurden entsprechende Bündnisse bereits mit der Mongolei und Kasachstan geschlossen. Am weitesten gediehen sind die Berliner Pläne für ein weiteres entsprechendes Abkommen mit Chile, das über die größten Kupfervorkommen der Welt verfügt. Die chilenische Rechtsregierung unter Sebastián Piñera betreibt eine Privatisierungspolitik, die dem deutschen Bedürfnis nach Zugriff auf die Rohstoffe des Landes sehr entgegenkommt, in der Bevölkerung allerdings auf massive Proteste stößt.

29.05.2012- mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58337>

In Chinas Einflusszone

Berlin dringt auf neue Geschäftschancen für deutsche Firmen in Myanmar. Wie Außenminister Guido Westerwelle bei seinem gestern beendeten Besuch in dem Land erklärte, fordere er angemessene „Zugänge“, damit „deutsche Produkte“ sich künftig auf dem myanmarischen Markt „durchsetzen“ könnten. Deutsche Unternehmensvertreter sprechen von einer „Goldgräberstimmung“, die in Myanmar zu spüren sei. Der rasche Kurswechsel hin zur Zusammenarbeit wird offiziell mit einer angeblichen Demokratisierung in Myanmar begründet. Tatsächlich punktet das Regime, das nach wie vor vom Militär kontrolliert wird, mit wirtschaftlichen Kooperationsangeboten an den Westen und mit einer partiellen Abkehr von China.

01.05.2012- mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58317>

Die spanische Kriegshochschule

75 Jahre nach der Zerstörung der nordspanischen Kleinstadt Guernica durch deutsche Kampfflieger verweigert die Bundesrepublik den Nachkommen der Opfer weiterhin jegliche Entschädigung. Am 26. April 1937 hatten rund 30 Bomber der „Legion Condor“ Guernica in Schutt und Asche gelegt und mehrere Hundert Zivilisten ermordet. Fliegeroffiziere der „Legion Condor“ bauten die Luftwaffe der Bundesrepublik mit auf und wurden bis vor wenigen Jahren in der Bundeswehr geehrt.

25.05.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58313>

Mit U-Booten gegen Piraten

Berliner Regierungsberater fordern den Einsatz deutscher U-Boote zur Pirateriebekämpfung am Horn von Afrika. Hintergrund der Militarisierungsvorhaben, die gegenwärtig aus der Bundeswehr heraus

forciert werden, sind geostrategische Erwägungen. Ihnen liegt die Beobachtung zugrunde, dass der Indische Ozean für die Weltpolitik gewaltig an Bedeutung gewonnen hat und bei den kommenden Auseinandersetzungen mit China eine zentrale Rolle spielen wird. Man dürfe „die neue Eigendynamik im Großraum Indischer Ozean“ keinesfalls verschlafen, warnt der Direktor der SWP. Militärstrategen heben dabei die Bedeutung einer möglichst mächtigen Marinepräsenz in dem Weltmeer zwischen Afrika und Südostasien hervor.

27.03.2012 - mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58300>

Zusammengestellt von Frank Knoche

Bürgerfunk in Remscheid und Solingen

Juni 2012

16. 6. 19 Uhr Ohrwerk
23. 6. 19 Uhr Mixed Tape
30. 6. 19 Uhr SoFis

Juli 2012

01. 7. 19 Uhr Stimme der Seniorien
02. 7. 21 Uhr BASIC-Kurs
03. 7. 21 Uhr Radio Stammtisch
08. 7. 20 Uhr Hangkgeschmedden
17. 7. 21 Uhr Ohrwerk
28. 7. 19 Uhr Mixed Tape

August 2012

05. 8. 20 Uhr Stimme der Seniorien
07. 8. 21 Uhr Radiostammtisch
12. 8. 20 Uhr Hangkgeschmedden
21. 8. 21 Uhr Ohrwerk
25. 8. 19 Uhr Mixed Tape

September 2012

02. 9. 20 Uhr Stimme der Seniorien
04. 9. 21 Uhr Radiostammtisch
09. 9. 20 Uhr Hangkgeschmedden
18. 9. 21 Uhr Ohrwerk
29. 9. 19 Uhr Mixed Tape

gruppeninfos

AG Weiße Rose

Geschwister Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 415 78

Attac: Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de

Ausländerrechtliche Beratungskommission:

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (287 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bündnis Cobra: myspace.com/buendniscobra, Treff: jeden 1. Do., 19h Kantine / Cobra

Bürgerinitiative "Solingen gehört uns": Kontakt: Gerhard Walsken, Walter-Dodde-Straße 21, Tel.: 81 00 56 oder 2 47 43 80

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, geöffnet: Fr. 13-15h, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89

DFG-BK Niederberg/Berg, Land: Beratung für Kriegsdienstverweigerer: Kontakt Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

Flüchtlingsberatung: in den Räumen der urgewählten Mitglieder des Integrationsrates, Cobra (Seiteneingang Robert-Klaas-Str.), Kontakt: Tel: 0171/82 02 69

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str., Tel: 5 54 70

Graue Panther: Eiland 17, 42651 Solingen

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative "Bau-Stopp der Bayer-Pipeline": Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

Lesbentelefon: Montag 20 - 22 h, Tel: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 21.06.2012, 20h, dann 14-tägig

Stiftung W: www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-Solingen.de; c/o Café Courage

Tauschring: Treff jeden 2. Montag im Monat (außer Sommerferien und Dez.) 19:30h, Eine-Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichsstr. 39

Türkischer Volksverein: Zurzeit Elsa-Brändstrom-Straße (ehemaliges Schulgebäude)

Unterstützerkreis Stolpersteine: c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA): www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom; Mohrenkamp 20, 42653 Solingen, Tel.: 59 07 96